



2012/26 Interview

<https://shop.jungle.world/artikel/2012/26/ihre-krise-und-unsere>

Silvia Federici im Gespräch über Reproduktionsarbeit, Commons und Krise

»Ihre Krise und unsere«

Von **Jessica Zeller**

In den siebziger Jahren haben Feministinnen wie Silvia Federici weibliche Reproduktionsarbeit ins Zentrum politischer Diskussionen gerückt. Sie zeigten, dass meist unbezahlte Tätigkeiten im Haushalt, Sorgearbeit sowie Mutterschaft konstitutiv für die kapitalistische Produktionsweise sind. Federici wurde 1942 in Italien geboren und lebt in New York. Sie ist emeritierte Professorin an der Hofstra University in New York, war Dozentin in Nigeria, 1972 Mitbegründerin der International Feminist Collective und 1990 des Committee for Academic Freedom in Africa. Zu ihren Schriften gehören »Revolution at Point Zero« (2012) und »Caliban and the Witch: Women, the Body, and Primitive Accumulation« (2004). Die Jungle World sprach mit ihr über Reproduktionsarbeit, die Idee der Commons und die Krise.

»Das Unsichtbare sichtbar machen« war der Titel der Veranstaltung, zu der Sie die Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Berlin eingeladen hat. Was ist darunter zu verstehen?

In der globalen Wirtschaft ist Reproduktionsarbeit unsichtbar. Sie wird fast ausschließlich von Frauen geleistet – ohne vertragliche Regelung und meist nicht entlohnt. »Frauenarbeit« wird nicht als wirtschaftliche Leistung verstanden und taucht deshalb nicht im Bruttosozialprodukt auf.

Klingt ein bisschen altbacken. Der männliche Alleinverdiener und die Frau, die sich zu Hause um Haus und Kinder kümmert.

Mancherorts ist das noch die Wirklichkeit. Aber wir sollten Reproduktionsarbeit nicht zu eng fassen. Es geht nicht nur um Hausarbeit. Ich zähle auch landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft, Gesundheitsversorgung, Erziehung, aber auch Sexarbeit und andere Formen bezahlter Reproduktionsarbeit dazu. Besonders wichtig erscheinen mir die Tätigkeiten, die Frauen unabhängig von ihrer Lohnarbeit ausüben. Hier gelingt es, einen gewissen Grad an Autonomie auszubilden. Gegenwärtig soll sich alles den Gesetzen des Marktes unterordnen. In der Landwirtschaft wollen einige wenige Konzerne die globalen Anbauflächen beherrschen, um möglichst billig Nahrungsmittel und Bio-Treibstoffe herzustellen. Pharmakonzerne setzen unsere Körper in Wert und lassen sich biologische Vielfalt patentieren. Kulturen, die ihr Wissen über Jahrhunderte erworben und weitergegeben haben, sollen nun dafür bezahlen.

Ist das nicht eine sehr romantische Vorstellung von der indigenen Kleinbäuerin, die seit Generationen dieselben Heilmittel braut und für ihre Familie Gemüse anbaut, unabhängig davon, was ringsherum passiert?

Natürlich ist das nicht so. Nur sehr wenige Menschen können heute durch Subsistenzwirtschaft

existieren – ich will nicht so tun, als hätte es den Kolonialismus nicht gegeben. Doch der gegenwärtige Kampf um Land und Ressourcen ist eine Bewegung, die sich gegen die Inwertsetzung unseres gesamten Lebens richtet. Hier entscheidet sich unsere Zukunft. Wer bestimmt, was wir zu essen haben? Wir dürfen Agrarkonzerne nicht darüber entscheiden lassen. Was sollen wir tun? Teuer im Bioladen einkaufen und dafür ein gutes Gewissen haben? Wir können eine ganze Menge tun, auch in den urbanen Zentren. Nehmen wir New York: Hier gibt es Hunderte Community-Gärten, gegründet von Migrantinnen und ökobewegten Bürgerinnen. Sie haben einfach Kompost auf eine Brache geworfen und losgelegt. Heute sind diese Gärten soziale Treffpunkte für Kinder und Erwachsene. Nahrungsmittelanbau ist nur ein Beispiel dafür, wie Menschen versuchen, sich die Kontrolle über ihr Leben wieder zurückzuerobieren. Die Idee der Commons ist ein anderes Beispiel.

»Commons« wird im Deutschen etwas sperrig mit Gemeingut oder Allmende übersetzt. Was verstehen Sie darunter?

Für mich sind Commons vergemeinschaftetes Eigentum, für das die Community verantwortlich ist. Damit ist immer Selbstorganisation verbunden. Wo Eigentum geteilt wird, muss auch der Entscheidungsprozess kollektiv erfolgen. Über Jahrhunderte haben Gruppen an verschiedenen Orten der Welt ihr Zusammenleben so organisiert. Vor allem in Afrika gibt es bis heute Gemeindeland.

Was macht die Idee der Commons für die Menschen aus dem Westen heute so attraktiv? Afrika ist ja weit weg.

Bei uns entscheiden allein Staat und Markt über gesellschaftlichen Wohlstand und Eigentum. Heutzutage müssen wir dafür kämpfen, uns überhaupt kostenlos auf eine Bank setzen zu dürfen. Am Strand können wir nicht einfach spazieren gehen, weil der Zugang einem Hotel gehört. Diese Situation überzeugt Menschen ganz unterschiedlicher Hintergründe von der Idee der Commons. Natürlich sind Community-Gärten, Time Banks oder solidarische Ökonomien Projekte mit begrenzter Reichweite und können auch scheitern. Aber sie sind doch Experimentierfelder des Commoning.

Nehmen wir das Beispiel der Migrantinnen in New York. Gründen sie Ihre Community-Gärten nicht aus der Not heraus, dass der tägliche Einkauf im Supermarkt für sie ganz einfach zu teuer ist?

Ich denke nicht. Viele Migrantinnen kommen aus Gesellschaften, in denen die Idee kollektiven Eigentums weiterhin existiert. Bei den mexikanischen Einwanderinnen wird das sehr deutlich. Gegenseitige Hilfe ist bei ihnen viel selbstverständlicher als beispielsweise bei den weißen Amerikanerinnen. Das macht sie nicht zu besseren Menschen. Solidarität hat etwas mit der Erfüllung unserer Bedürfnisse zu tun und das können Commons einfach besser leisten, als wenn jedes Individuum für sich kämpft.

Sie haben im vergangenen Jahr aktiv die »Occupy«-Bewegung in den USA begleitet. Was gibt es da Neues?

Mit dem Ende der landesweit fast 600 Besetzungen und der Räumung der Camps ist die Bewegung in eine neue Phase eingetreten. Die Aktivistinnen und Aktivisten haben sich zerstreut und sind in die Stadtteile gegangen. Hier finden Versammlungen statt, diskutieren Arbeitsgruppen und es werden Projekte organisiert. Es gibt Bildungsinitiativen, Menschen unterstützen Gefängnisinsassinnen, andere kämpfen gegen Zwangsräumungen, die weiterhin an der Tagesordnung sind. Am 1. Mai dieses Jahres haben alle »Occupy«-Gruppen gemeinsam einen Aktionstag organisiert. Die Bewegung ist durchaus noch lebendig.

Gleichzeitig greift die staatliche Politik keine der Protestforderungen auf. In Europa bestimmen konservative Regierungen oder Expertenregierungen über den politischen Umgang mit der

Krise.

Für uns in den USA erschien Europa lange Zeit als ein Ort, an dem Kapitalismus mit einem menschlicheren Antlitz möglich war. Natürlich mit vielen Abstrichen, immerhin ist die EU eine Festung, zu der Migrantinnen und Migranten auf legalem Weg kaum Zugang haben. Diese Illusion gehört jetzt der Vergangenheit an. In den achtziger Jahren prägte die Politik der Strukturanpassungen nur Afrika und Lateinamerika, heute ist die ganze Welt betroffen – an manchen Orten schlimmer als an anderen. Kein Job ist sicher, kein noch so hoher Bildungsabschluss garantiert eine Beschäftigung. Jede Arbeitskraft ist potentiell durch eine andere ersetzbar. Auch Menschen in wirtschaftlich stärkeren Ländern wie Deutschland bekommen das zu spüren. Es gibt kein glückliches Land.

Klingt schrecklich. Dabei dachte ich, Sie wären Operaistin! Diese Analyse klingt nach einem Untergangsszenario, wo einzig Markt und Staat von oben über den Lauf der Geschichte entscheiden.

Da bin ich anderer Meinung. Ich sehe die gegenwärtige Politik durchaus als eine Antwort auf die die Destabilisierung des Kapitalismus vor allem durch soziale Bewegungen in den Industriestaaten seit den sechziger Jahren: die Frauenbewegung, die Black-Power-Bewegung und das Civil Rights Movement. Einige ihrer Forderungen wurden aufgenommen. Die Kritik am System soll jedoch unterbunden werden. Die Maßnahmen sind nicht neu: Nimm den Menschen ihre Reproduktionsmittel – ihr Land, ihre Arbeit, ihre Sozialleistungen, so dass sie einfach jeden Job annehmen müssen. Und dann erkläre die Krise. Sie ist immer ein guter Vorwand, den Menschen noch mehr wegzunehmen. Man muss sich nur das diesjährige Budget für Bildung, Gesundheit und Sozialausgaben in den USA anschauen – all diese Ausgaben sind deutlich gesunken. Wir sollten uns nicht von der vermeintlichen Komplexität des Finanzmarkts täuschen lassen. Hedge Fonds, Derivate – bereits die Sprache verschleiert, worum es eigentlich geht: die Veränderung sozialer Machtverhältnisse. Aber das Maß an Gewalt, das dafür eingesetzt wird, ist eher ein Zeichen von Schwäche als von Stärke.

Was ist denn nun in der Krise? Der Kapitalismus oder wir?

Sicherlich beides. Aber auf ganz unterschiedliche Weise. Es gibt ihre Krise und es gibt unsere Krise. Der Kapitalismus hat den Menschen nur noch wenig zu bieten und hält sich nur durch ein hohes Maß an Zerstörung und Unterdrückung aufrecht. 500 Jahre der Ausbeutung und wir kriegen noch nicht mal eine Rente. Das kann doch einfach nicht wahr nicht sein! Doch unsere Krise ist nicht nur, dass wir immer mehr arbeiten müssen für weniger Geld. Die wirkliche Herausforderung besteht darin, die Trennung der Menschen untereinander aufzuheben. Es ist unglaublich schwer, etwas wie ein gemeinsames Interesse überhaupt zu erkennen. Das muss das Anliegen jeder gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein.